
Frankfurter Aufruf

Ostbrandenburg hat in den vergangenen Jahren eine dynamische Strukturentwicklung vollzogen. Die Region hat sich zu einem Zentrum der Solarindustrie in Deutschland entwickelt. Global Player der Branche, Zulieferer und innovative regionale Unternehmen bilden eine enge Wertschöpfungskette. Die Bundesregierung hat alternative Energien gezielt unterstützt und Regionen damit eine wirtschaftliche Perspektive gegeben. Befördert wurde diese Entwicklung auch durch die Wirtschaftspolitik der brandenburgischen Landesregierung. Der Fokus wurde auf Regionale Wachstumskerne (RWK) gelegt.

Frankfurt (Oder), als einer von 15 RWK im Land Brandenburg, wurde dabei als ein Standort mit überdurchschnittlicher wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Leistungsfähigkeit und hohen Ausstrahleffekten umfassend unterstützt. Damit verbunden waren erhöhte Gewerbesteuererinnahmen, eine steigende Kaufkraft und eine Stabilisierung der Einwohnerzahlen.

Frankfurt (Oder) hat die Wachstumschancen, die die Solartechnologie geboten hat, voll genutzt und dadurch weit über die Stadt hinaus erheblich zur Belebung der gesamten Region beigetragen. Die Stadt hat sich international als Investitionsstandort durchgesetzt.

Trotz des kurzfristigen Rückzuges von First Solar mit erheblich negativen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, sind die Ansiedlungsbedingungen für Investoren sehr gut.

Wir erwarten von der Bundes- und Landesregierung und der Stadt Frankfurt (Oder), die Standortentwicklung und –festigung in Ostbrandenburg durch geeignete Maßnahmen zu unterstützen und somit ihrer Verantwortung gegenüber den Bürgern, Unternehmen, Arbeitnehmern und insbesondere jungen Familien gerecht zu werden. Die Dynamik der letzten Jahre muss für die Sicherung und Schaffung weiterer qualifizierter Arbeitsplätze genutzt werden. Nur dadurch entsteht Vertrauen in die Zukunftsfähigkeit der Region.

Wir stellen deshalb folgende Forderungen und bieten unsere uneingeschränkte Unterstützung an:

Fokussierung der Ansiedlungsaktivitäten auf den Technologiestandort Frankfurt (Oder)

Die Aktivitäten der wirtschaftsfördernden Einrichtungen des Bundes (GTAI), des Landes Brandenburg (ZAB) und der Region (ICOB) sind sofort zu bündeln und strategisch auf Wachstumsbranchen auszurichten.

Schaffung eines Entwicklungsfonds für Frankfurt (Oder)

Zur finanziellen Absicherung von Investitionsförderung ist aus Rückforderungen von First Solar und weiteren Mitteln des Landes und Bundes ein Entwicklungsfonds zu bilden. Der Bund ist in der Pflicht, die regionalen Folgen der Kurskorrektur der Energiepolitik in Frankfurt (Oder) auszugleichen und ebenfalls Mittel für einen Entwicklungsfonds zur Verfügung zu stellen.

Aufbau von Forschungs- und Entwicklungskapazitäten in Zukunftsbranchen

Die Entwicklung der Solartechnologie in der Region zeigt, ausschließliche Investitions- und Absatzförderung schafft keine Innovation. Parallel zur Ansiedlung neuer Unternehmen in aussichtsreichen Technologiefeldern ist der Aufbau von Forschungs- und Entwicklungskapazitäten renommierter Gesellschaften (z.B. Fraunhofer, Leibnitz) zwingend erforderlich. Thematische Schwerpunkte sind mit den regionalen Wirtschafts- und Wissenschaftseinrichtungen zu bestimmen und in der Startphase durch Bundes- und Landesmittel zu finanzieren.

Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur

Konsequente Umsetzung der geplanten Infrastrukturvorhaben des Landes zur verkehrstechnischen Anbindung der Industriegebiete und der Verbindungswege im Regionalen Wachstumskern Frankfurt (Oder) / Eisenhüttenstadt.

Stärkung des Bildungsstandorts

Die Zukunftsfähigkeit neuer Technologien ist nur durch entsprechende Berufs- und Hochschulausbildung zu sichern. Deshalb muss die Ausbildung in technisch-gewerblichen Berufen am Standort Frankfurt (Oder) gestärkt werden.

Die Hochschulausbildung in technischen Disziplinen, ist am Standort zu etablieren.

Stärkung des Verwaltungsstandortes Frankfurt (Oder)

Die Glaubwürdigkeit der Bundes- und Landesregierung für das Engagement für Frankfurt (Oder) hängt auch am Bekenntnis zum Verwaltungsstandort. In der jetzigen Situation kann kein weiterer Abzug von Verwaltungsbehörden erfolgen. Bund und Land werden aufgefordert, die Ansiedlung von EU-, Bundes- und Landesbehörden zu prüfen und zu fördern.

Die regionale Wirtschaft wird mit ihren Netzwerken überregional und international für den Standort werben und gemeinsam mit der Wirtschaftsförderung potentielle Investoren ansprechen.

Unsere Unternehmen in der Region sind aufgerufen, sich mit allen Kräften für den Verbleib der Fachkräfte aus der Solarwirtschaft zu engagieren. Es sollten Initiativen aus dem Bestand der Unternehmen entwickelt werden, um neue Impulse für Wachstum, Innovationen und Beschäftigung zu generieren.



Wolfgang Zithier
Hauptgeschäftsführer
Handwerkskammer Frankfurt (Oder)



André Münzer
Vorstandsvorsitzender
Hanse Club Wirtschaft für Frankfurt
und Eisenhüttenstadt e.V.



Dr. Dieter Kapell
BVMW -Bundesverband mittelständische
Wirtschaft



Gundolf Schülke
Hauptgeschäftsführer
IHK Ostbrandenburg



Prof. Dr. sc. techn. Hans Richter
Vorstandsvorsitzender
Gesellschaft zur Förderung von Wissen-
schaft und Wirtschaft e. V.



Eberhard Tomsche
uvb - Vereinigung der Unternehmensver-
bände in Berlin und Brandenburg e.V.



Monique Möbus-Zweig
Präsidentin
Wirtschaftsjunioren
Ostbrandenburg

Frankfurt (Oder), den 26. April 2012